

entfallen heute auf den Umweltbereich. Das heißt in Zahlen: 509 laufende Verfahren und 505 neue Beschwerden. Der Grad der Einhaltung ist freilich von EU-Staat zu EU-Staat höchst unterschiedlich: Am schlechtesten schneiden Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien ab. Zu den Spitzenreitern zählen – einmal mehr – die skandinavischen Staaten. Österreich liegt im oberen Mittelfeld. Die meisten Versäumnisse betreffen die Bereiche Wasser, Abfälle, Naturschutz und Umweltverträglichkeitsprüfung. ■ ho

Wirtschaft & Umwelt  
**LeserInnenbefragung**  
 MITMACHEN UND GEWINNEN!  
 → Heftmitte

NUKLEARE SICHERHEIT I

**BEWERTUNGSSYSTEM GEPLANT**

**Die EU-Kommission hat überarbeitete Fassungen von zwei Richtlinienvorschlägen zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen und zur Entsorgung radioaktiver Abfälle vorgelegt.**

Die ursprünglichen Richtlinienvorschläge waren sowohl im EU-Parlament als auch im Rat auf Widerstand gestoßen. Mit den neuen Fassungen von Anfang September 2004 will die EU-Kommission die Standpunkte des EU-Parlaments und des Rates berücksichtigen, ohne dabei das ursprüngliche Ziel aus den Augen zu verlieren. So will die Kommission unbedingt am Vorhaben festhalten, ein gemeinsames Bewertungssystem für die nukleare Sicherheit in den einzelnen Mitgliedstaaten zu schaffen. Außerdem will die Kommission auch weiterhin jeden Mitgliedstaat verpflichten, ein auf Fristen basierendes Programm zur

endgültigen Entsorgung der Abfälle auszuarbeiten, sowie Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu intensivieren. Denn die einschlägigen internationalen Übereinkommen reichen nach Ansicht der Kommission nicht, damit die dort festgelegten Verpflichtungen ausreichend überprüft werden können. Derzeit werden 32 Prozent der in der erweiterten EU produzierten Elektrizität durch Kernenergie erzeugt. ■ ho

NUKLEARE SICHERHEIT II

**GROSSBRITANNIEN IST SÄUMIG**

**Zum ersten Mal hat die EU-Kommission in einer nuklearen Sicherheitsfrage gerichtliche Schritte gegen einen Mitgliedstaat ergriffen.**

Am 3. September 2004 hat sie den jahrezehntelangen Streit über den Zugang der EU-Inspektoren zu den Anlagen in Sellafield in Großbritannien vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) gebracht. Großbritannien soll nur unzureichende Informationen über das in Sellafield gelagerte nukleare Material bereitgestellt und den EU-Inspektoren keinen ausreichenden Zugang zur Anlage gewährt haben. Damit habe es auch gegen den EURATOM-Vertrag verstoßen. Spätestens bis März 2004 hätte Großbritannien einen Aktionsplan vorlegen sollen, mit dem das gelagerte Kernmaterial in einer der Anlagen des Standorts angemessen erfasst und der physische Zugang zu den betreffenden Anlagen gewährleistet ist. „Würden wir ein offizielles Dokument erhalten mit dem klaren Bekenntnis, dem Geforderten nachzukommen, so könnten wir die Klage zurückziehen“, stellte Energiekommissarin Loyola de Palacio fest. London betrachtet aber Fragen der nuklearen Sicherheit als interne Angelegenheit. ■ ho

INTERVIEW

**UMWELT AM ENDE?**



**Die Umweltpolitik hat in den letzten Jahren deutlich an Tempo und Bedeutung verloren. Welche Ursachen sind dafür verantwortlich und wie kann wieder frischer Wind in die Umweltpolitik gebracht werden? Darüber sprach Wilfried Leisch mit dem Abgeordneten zum Nationalrat und neuen Umweltsprecher der SPÖ, Kai Jan Krainer.**

**Ist die Umweltpolitik am Ende?**

**Krainer:** Die großen Themen der letzten Jahre – wie zum Beispiel die Umsetzung des Kyoto-Protokolls – lassen erkennen, dass Umweltpolitik nicht am Ende sein kann. Die extremen Wetterbedingungen der jüngsten Vergangenheit zeigen deutlich, wie dramatisch die Folgen des Klimawandels noch werden können. Die festgelegten Schritte im Kyoto-Protokoll stehen erst am Anfang, es bedarf eines raschen Handelns von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Es scheint vielmehr, als läuft uns die Zeit davon.

**Wo ist der Hebel anzusetzen?**

**Krainer:** Selbst die US-Regierung, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet hat, musste in einer Anlage zum amerikanischen Haushaltsplan bestätigen, dass Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) die wichtigste Ursache des Klimawandels ist. Wichtiger wäre aber die Ratifikation des Kyoto-Protokolls durch Russland und die USA und vor allem wirksame Maßnahmen in jenen Staaten, die bereits ratifiziert haben, um das Ziel auch zu erreichen. Das gilt insbesondere für Österreich.

**Welche weiteren Schwerpunkte gehören gesetzt?**

**Krainer:** Neben dem Kyoto-

Protokoll halte ich die Umsetzung der geplanten EU-Verordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) für ein sehr wichtiges umwelt- und gesundheitsbezogenes Projekt. Es bedarf einer Bewertung und Information aller Chemikalien, die in Produktionsprozessen eingesetzt werden, damit die Folgen und Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und in weiterer Folge für KonsumentInnen bzw. die Umwelt begrenzt werden können. Als Zweites: Maßnahmen für die Luftreinhaltung, wie der verpflichtende Einbau von Dieselpartikelfiltern in allen Dieselfahrzeugen sowie von Stickoxiddkatalysatoren in schweren Nutzfahrzeugen. Als Drittes: Die Nachhaltigkeit ernst nehmen. Im Moment verkommt Nachhaltigkeit zu einer hohlen Phrase. Man sieht ja, wo die „nachhaltige“ Budgetsanierung hingeführt hat: soziale Belastungen, kein Geld für Umweltpolitik und verdoppeltes Budgetdefizit.

**Welches Vorhaben ist das Dringlichste?**

**Krainer:** Alle, aber im Moment das aktuellste und auch kurzfristig umsetzbare: der Rußpartikelfilter für Dieselaautos.